Sitzung des Generalrates vom 7. Oktober 2020

Postulat

Die CVP-EVP-glp-Fraktion stellt in ihrem Postulat betreffend das HSSB folgende Fragen und bittet, die Möglichkeiten zu prüfen, wie und in welchem Zeithorizont das jährliche Defizit zu Lasten der Gemeinde Murten minimiert werden kann:

- Trägerschaft (weitere Regionalisierung, Gemeindeverband, Höhe Beiträge)
- Pauschaler Betriebsbeitrag durch Stadt Murten (analog Museum), gestützt auf Leistungsvereinbarung
- Bewirtschaftung der Parkplätze
- Anpassung der Tarifstruktur (z. Bsp. allgemeine Eintrittspreise, Abopreise, Spezialtickets für Abend-/Randstunden, Abstufung für Einwohner Murten/beitragsleistende Gemeinden/andere, Abstufung für Schulen aus Murten/beitragsleistende Gemeinden/andere)
- Zusätzliche Einnahmen
- Verringerung der Aufwände

Antworten des Gemeinderates

- **Trägerschaft (weitere Regionalisierung, Gemeindeverband, Höhe Beiträge)**
Die Konvention mit den umliegenden Gemeinden wurde Ende 2019 präsentiert. Der Gemeinderat hat nach intensiven Diskussionen sowie nach Verhandlungen beschlossen, die bisherigen Beträge (CHF 32.00 resp. CHF 16.00 pro Einwohner/-in) zu belassen. Die neue Konvention tritt am 1.1.2021 in Kraft und gilt bis am 31.12.2025. Neu ist die Gemeinde Gempnach zur Konvention gestossen.
- **Pauschaler Betriebsbeitrag durch Stadt Murten (analog Museum), gestützt auf Leistungsvereinbarung**
Im Zusammenhang mit der neuen Rechnungslegung HRM2, die auch für gemeindeeigene Betriebe gilt, werden die laufende Rechnung, Investitionen und Abschreibungen transparenter dargestellt. Die durch HRM2 gewonnene Transparenz, von der alle Beteiligten profitieren, dies würde mit einem pauschalen Betriebsbeitrag eher wieder verloren gehen. Zudem vertreten Betriebskommission und Verwaltungsrat die Politik, Gelder dann und in dem Umfang zu beantragen, wie sie tatsächlich gebraucht werden.
- **Bewirtschaftung der Parkplätze**
Die Bewirtschaftung der Parkplätze ist in Vorbereitung. Die nötigen baulichen Massnahmen hätte nach dem Willen der Betriebskommission in diesem Sommer realisiert werden sollen. Covid-19 und technische Verzögerungen bei der Baueingabe haben zur Folge, dass der Einbau der Schranken erst im Herbst erfolgen wird. Gemäss Schätzungen durch Skidata und die Betriebskommission sind Einnahmen aus Parkgebühren im Umfang von jährlich CHF 150'000.00 zu erwarten. Massnahme greift ab Ende 2020.

- **Anpassung der Tarifstruktur**

Die Postulantin äussert zu diesem Punkt bereits zahlreiche Anregungen und Massnahmen. Im Quervergleich mit anderen Bädern liesse sich eine Erhöhung aller Abonnemente um CHF 40.00 bis CHF 50.00 rechtfertigen. Dasselbe gilt für den Einzelntritt (Erhöhung um CHF 1.00 bis CHF 2.00) und den Eintritt ins Freibad (ebenfalls um CHF 1.00 bis CHF 2.00 erhöhen oder gleicher Preis wie Hallenbad). Anpassung der Preise für Schwimmkurse und Aquafit wäre eine weitere Massnahme, die sich ebenfalls im Vergleich zu anderen Bädern rechtfertigen liesse. Anpassungen auf den 1.1.2021 möglich.

Mit den beiden Massnahmen *Parkplatzbewirtschaftung* und *Anpassung Tarifstruktur* könnte gemäss Schätzungen der Betriebskommission und des Betriebsleiters eine Reduktion des Defizits um rund 30 % erreicht werden.

- **Zusätzliche Einnahmen**

Zu bedenken ist, dass zusätzliche Einnahmen durch *Ausweitung der Angebote* auch höhere Personal-, Reinigungs- und Unterhaltskosten zur Folge haben. Zusätzliche Einnahmen durch *Events während den Öffnungszeiten* (wie etwa das Rivella-Event im letzten Sommer) ziehen zwar zusätzliches Publikum an, stossen aber bei der (Stamm-)Kundschaft nicht nur auf ein positives Echo. Auch wurden in den letzten Jahren die Angebote permanent erweitert – v. a. sei auf die Sauna hingewiesen –, was jeweils mit Investitionen verbunden war – und mit einem gewissen unternehmerischen Risiko, ob die zusätzliche Neuerung auch tatsächlich einem Wunsch des Publikums entspricht oder nicht.

- **Verringerung der Aufwände**

Abläufe beim Kassenpersonal sowie bei den Badmeistern und Badaufsichten werden permanent optimiert, so dass die Personalkosten seit einigen Jahren stabil sind. Sicherheits- und Hygienevorschriften, die in den letzten Jahren stetig verschärft wurden, führten aber zu zusätzlicher Mehrarbeit, bei der nicht gespart werden kann. Verringerung der Aufwände wäre unter dem Strich nur durch eine Beschränkung der Angebote möglich. Davon möchten die Betriebskommission wie auch der Verwaltungsrat absehen.

Der Gemeinderat